

Das Parteikontrollkomitee und die Entstalinisierung. Zur Normalisierung der politischen Kultur der KPdSU ab 1953

Im Frühjahr 1944 beschwerte sich ein gewisser Astaf'ev vom Moskauer Stadtsowjet beim Parteikontrollkomitee (*komitet partijnogo kontrolja*, KPK)¹ über die Direktion der Fabrik Nr. 88 in Moskau, die Datschas von Frontsoldatenfamilien requirierte und an Mitarbeiter vergab, obwohl diese schon über Wohnraum verfügten.² Im November 1952 kam es im Arbeits- und Besserungslager Kargopol', Oblast' Archangel'sk, zu einem Hungerstreik mit über 500 Gefangenen, nachdem der Leiter einer Gefangenenbrigade namens Šalodanov von den Lagerwachen zu Tode geprügelt worden war. Ende Mai 1953 traten erneut 320 Gefangene in den Hungerstreik, weil tags zuvor lediglich verfauter Fisch zum Essen angeboten worden war. Wie eine Untersuchungskommission später herausfand,³ mussten infolge des Streiks 22 Gefangene stationär medizinisch behandelt werden. In der Oblast' Tula hatte ein Offizier der Miliz namens Zotov wiederholt den Bürger E. Lamin belästigt, indem er ihm grundlos seine Dienstwaffe an den Kopf hielt und ihn bedrohte. Lamin sandte daraufhin eine Beschwerde nach Moskau.⁴

Sämtliche geschilderten Fälle entstammen den Akten des Parteikontrollkomitees, das beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angesiedelt war (*KPK pri CK KPSS*). Dieses Kontrollkomitee war das zentrale Organ zur internen Parteidisziplinierung und -kontrolle. Monatlich erreichten Hunderte Zuschriften das KPK, in denen von Verfehlungen und Gesetzesbrüchen durch Parteimitglieder die Rede war. Nicht selten handelte es sich dabei um klassische Denunziationen. Etliche Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage, wie die anschließend eingesetzten Untersuchungskommissionen des KPK zeigten. Doch dieses Kontrollorgan war mehr als ein klassisches Herrschaftsinstrument einer Diktatur, mehr als ein Mittel der Unterdrückung und des Zwangs. Die Rolle des KPK ist eher im Kontext der politischen Umbrüche in der Sowjet-

1 Das KPK änderte im Laufe der Zeit geringfügig seinen Namen: Von 1934 bis 1952 arbeitete es als Komissija partijnogo kontrolja pri CK VKP(b), von 1952 bis 1962 als Komitet partijnogo kontrolja pri CK KPSS und von 1962 bis 1966 als Partijnaja komissija pri CK KPSS. Der Übersichtlichkeit halber wird im vorliegenden Text einheitlich die Bezeichnung KPK (Komitee) verwendet, da dies der Bezeichnung im Untersuchungszeitraum entspricht.

2 Siehe Russländisches Staatliches Archiv der Neuesten Geschichte/Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorij (im Folgenden: RGANI) f. 6, op. 6, d. 1578, ll. 31–33.

3 RGANI f. 6, op. 6, d. 1639, Bericht auf ll. 2–5. In RGANI f. 6, op. 6, d. 1640 liegt Teil 2 der Untersuchung unter anderem mit dem Befehl der Staatsanwaltschaft, die Lagerleitung von ihrem Posten zu entbinden.

4 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1666, l. 27.

union zu verstehen. Untersucht man zum Beispiel die Art, Häufigkeit und Sprache der Eingaben, so fallen schnell Veränderungen auf, die sich zwischen den Jahren des Spätstalinismus und den Jahren des »Tauwetters« abzeichnen.

An diesen Punkt möchte die These des Beitrags anknüpfen, die zum einen davon ausgeht, dass sich das KPK von einem Organ der Denunziation und Unterdrückung hin zu einer Institution wandelte, die sich wieder ihrer ursprünglich angedachten Aufgabe widmete: das Verhalten der Parteimitglieder zu kontrollieren. Dabei lag der Schwerpunkt auf einer moralisch »richtigen« Lebensführung.⁵ Zwar existierte hierzu keine einheitliche Linie, und die Parteistatuten änderten sich diesbezüglich immer wieder, doch gleichzeitig oblag allen Parteimitgliedern eine moralische Vorbildfunktion, die von offizieller Seite stets betont wurde. Zum anderen, so die These weiter, steht diese Entwicklung beispielhaft für die sogenannte Entstalinisierung der Partei und das Eintreten einer gewissen Normalisierung des politischen Lebens in der Sowjetunion. Denn die Entstalinisierung beinhaltete nicht nur die Abkehr vom Terror und dem auf Stalin ausgerichteten Personenkult. Grundsätzlich führten die politischen Umbrüche in den Jahren nach dem Tod des Diktators zu einer deutlich anderen Atmosphäre in Partei und Gesellschaft insgesamt – es konnte generell wieder offener gesprochen werden, es wurden Partei-offizielle kritisiert und lokale Entscheidungen auf Einhaltung der Vorgaben aus Moskau geprüft.

Zu bestimmten Themenfeldern werden die verfügbaren Akten⁶ des KPK aus zwei Zeiträumen miteinander und in ihrem Aufkommen verglichen: Der Nachkriegszeit bis 1953 (»Spätstalinismus«) werden die Beobachtungen aus der Phase des »Tauwetters« gegenübergestellt. Im Fokus stehen drei Themenfelder, im Rahmen derer das KPK Vorkommnisse zusammenfasste: 1. *chuliganstvo* (»Rowdytum«), 2. Verletzung der Parteiposition und Missbrauch der Dienststellung sowie 3. Wiederaufnahme in die Partei und Rehabilitation. Auf diese Weise füllt der Beitrag einen Teil der Forschungslücke zur Geschichte des KPK,⁷ das nur einer von vielen Bausteinen des sowjetischen Herrschafts-

5 Siehe Edward Cohn: *The High Title of a Communist. Postwar Party Discipline and the Values of the Soviet Regime*, DeKalb 2015, S. 1.

6 Der Aktenbestand des KPK liegt in Gänze im RGANI im Fond 6. Leider war vor Ort nur ein Teil der Akten zugänglich (Stand Winter 2014). Es befindet sich aber eine Mikrofilmkopie eines interessanten Teilbestands (opis' 6, Findbücher sowie dela [Akte] 1565–1836) in der Bayerischen Staatsbibliothek in München.

7 Siehe Kirill Judin: *Vnutripartijnyj kontrol' v SSSR 1930-načala 1940-ch gg. Idejno-institucional'nyj oblik [Innerparteiliche Kontrolle in der UdSSR 1930 bis Anfang der 1940er-Jahre. Ideologisch-institutionelles Erscheinungsbild]*, Ivanovo 2015. Judin untersucht die Rolle des KPK und die Funktion des Parteikontrollwesens als konkreten Mechanismus zur Etablierung der stalinistischen Diktatur in den 1930er- und frühen 1940er-Jahren. Tat'jana Nikonorova: *Komissija partijnogo kontrolja pri CK VKP(b) (1934–1952 gg.) [Die Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(b) (1934–1952)]*, in: *Rossijskaja Istorija* (2015), H. 6, S. 26–40. Tat'jana Nikonorova behandelt die Institutionsgeschichte des KPK bis 1952. J. Arch Getty: *Pragmatists and Puritans. The Rise and Fall of the Party Control Commission*, Pittsburgh 1997. Getty hat 1997 einen Text zum Aufstieg und Fall des KPK verfasst. Dieser basiert auf Materialien aus dem Smolensker Parteiarchiv und legt einen relativ engen Fokus auf konkrete Spannungen zwischen ZK und regionalen Parteigruppen im Westen. Cohn: *High Title* (Anm. 5). Cohn hat 2015 eine Studie zum parteiinternen Disziplinierungswesen der KPdSU vorge-

gebildes war. Seine Arbeitsweise und Funktion zu untersuchen, verspricht Erkenntnisse über die strukturelle und konkrete Umsetzung der sowjetischen Herrschaft im Land. Vor allem erhellt die Beschäftigung mit diesem Organ einen maßgeblichen Aspekt des parteipolitischen Lebens, der über die zentralen und regionalen Herrschaftsorgane hinausgeht. Sie ermöglicht einen Einblick in das Mit- und Gegeneinander der Menschen, in ihre Alltagsprobleme, ihre Ängste und ihre Sehnsüchte. Gleichzeitig wächst das Verständnis für die starken Bindungskräfte, die von der Partei und der kommunistischen Idee ausgingen.

Das Parteikontrollkomitee im Stalinismus

Bereits in den frühen 1920er-Jahren wurde die Zentrale Kontrollkommission (*central'naja kontrol'naja komissija*, CKK) der Kommunistischen Partei (VKP(b))⁸ als oberstes Parteikontrollgremium neben der Arbeiter- und Bauerninspektion (*raboče-krest'janskaja inspekcija*, Rabkrin oder RKI) ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe bestand hauptsächlich in der Untersuchung von Verstößen gegen die Parteidisziplin: moralische oder finanzielle Korruption, Trunkenheit, Missbrauch der Dienststellung oder unzureichende Wahrnehmung der parteilichen Verpflichtungen.⁹ Von diesem ursprünglichen Auftrag hatte sie sich bald entfernt und diente vor allem als Werkzeug bei der Jagd auf Trotzlisten sowie andere reale und imaginierte Feinde Stalins.¹⁰ Jedoch waren ihre Mitglieder nicht von Moskau bestimmt, sondern wurden von den lokalen Sowjets gewählt und anschließend lediglich von Moskau bestätigt. Dabei avancierte die Kommission schnell zu einer Deckmantelinstitution, die die parteiinterne Korruption lokaler Eliten erleichterte.¹¹

Es war auf dem XVII. Parteitag, dem sogenannten Parteitag der Sieger im Februar 1934, als dieses Gremium aufgelöst und als Parteikontrollkomitee beim ZK der VKP(b) erneut ins Leben gerufen wurde. Nun unterstand es direkt dem Zentralkomitee, das seine Mitglieder berief und dem es rechenschaftspflichtig war. Als Vorsitzender des KPK

legt, die sich jedoch nur am Rande mit der Struktur des KPK als Organ befasst. Oleg Kharkhordin: *The Collective and the Individual in Russia. A Study of Practices*, Berkeley/Los Angeles/London 1999, Kap. 2, S. 35–76, hier insb. S. 35–46. Kharkhordin schreibt in einem Kapitel detailliert über die CKK der 1920er-Jahre.

8 Russländische, später Allunions-Kommunistische Partei der Bol'sheviki (rossijskaja/vsesojuznaja kommunističeskaja partija).

9 Siehe Getty: *Pragmatists* (Anm. 7), S. 1.

10 Zur Konstruktion von Feinden im Sozialismus siehe Silke Satjukow/Rainer Gries: *Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung*, in: dies. (Hg.): *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 13–75; Wendy Z. Goldman: *Inventing the Enemy. Denunciation and Terror in Stalin's Russia*, New York 2011; Jörg Baberowski: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012.

11 Für eine Beschreibung dieser Situation im Nordkaukasus siehe I. G. Ivancov: *Dejatel'nost' organov partijno-gosudarstvennogo kontrolja na Kubani i severnom Kavkaze v načale 1930-ch godov* [Die Arbeit der Organe der parteistaatlichen Kontrolle in Kuban' und im Nordkaukasus Anfang der 1930er-Jahre], in: *Rossijskaja Istorija* (2011), H. 4, S. 163–172.

wurde Lazar Kaganovič, als sein Stellvertreter Nikolaj Ežov gewählt.¹² KPK-Mitglieder hatten das Recht, Politbüroprotokolle zu lesen und an Sitzungen des ZK und anderer Parteigremien im Land teilzunehmen. Das Organ war für Fälle zuständig, die in Zusammenhang mit Verletzungen der Parteiethik und -disziplin standen. Nach § 60 des Partei-statuts der VKP(b) oblag es ihm, Mitglieder aus der Partei auszuschließen.¹³ Zwar waren die neuen Bevollmächtigten von lokalen Parteisekretären unabhängig und brachten mehr Autorität aus Moskau mit.¹⁴ Doch lokale Eliten verweigerten regelmäßig die Zusammenarbeit.

In den folgenden Monaten übernahm das KPK maßgeblich die Führung in den parteiinternen Säuberungswellen des Sommers 1935.¹⁵ Hier zeigte sich, dass es als »Augen und Ohren Moskaus in der Provinz« agierte und so das Misstrauen Stalins in die lokalen Führungen nährte.¹⁶ Dieses Misstrauen wandte sich 1937/38 gegen Mitglieder des KPK-Stabs selbst, als 29 von 61 verhaftet oder ermordet wurden.¹⁷ Im Zuge der Absetzung Ežovs als Chef des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (*narodnyj komissariat vnutrennych del*, NKVD), der ebenso stellvertretender Leiter des KPK war, und dem vorläufigen Ende des »Großen Terrors« forderte Georgij Malenkov als frisch gewählter ZK-Sekretär im Mai 1939 eine Umstrukturierung des KPK und mahnte an, dass Parteikontrolle die einzige Aufgabe des KPK zu sein habe. Jetzt war das Komitee unmittelbar dem Politbüro unterstellt, und seine Vorsitzenden durften ausschließlich auf den ZK-Plena, nicht aber auf den Parteitag Bericht erstatten. Bis 1941 übernahm das KPK so eine führende Rolle in der Durchsetzung und Festigung der stalinistischen Diktatur.¹⁸

Mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht 1941 wurde in relativ kurzer Zeit ein erheblicher Teil des sowjetischen Territoriums besetzt. Unter den unzähligen Zivilisten und Armeeingehörigen, die in den ersten Kriegsmontaten starben oder in Gefangenschaft gerieten, waren viele Parteimitglieder. All jene, die dem entfliehen konnten, ver-

12 Siehe »Predsedatelem Komissii izbran tov. L. M. Kaganovič« [Als Vorsitzender der Kommission wurde Gen. L. M. Kaganovič gewählt], in: Pravda vom 12. Februar 1934, S. 1. Auf demselben Parteitag wurde auch die Sowjetkontrollkommission (KSK) gegründet, die ihren Fokus vor allem auf staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen setzte. Der Unterschied im Aufgabenfeld zwischen beiden Kommissionen war fließend, die relevantere Rolle nahm im Laufe der Zeit das KPK ein.

13 Siehe Nikonorova: Komissija (Anm. 7), hier S. 27.

14 Siehe Getty: Pragmatists (Anm. 7), S. 5.

15 Siehe Judin: Vnutripartijnyj kontrol' (Anm. 7), S. 111.

16 Getty: Pragmatists (Anm. 7), S. 16, Zitat S. 19.

17 Siehe Nikonorova: Komissija (Anm. 7), hier S. 30.

18 Siehe Nikonorova: Komissija (Anm. 7), hier S. 28f.; Judin: Vnutripartijnyj kontrol' (Anm. 7), S. 257f. Der Umstand, von den Parteitag ausgeschlossen zu werden, ist insofern nicht allzu tragisch, als ab dieser Zeit keine Parteitage mehr abgehalten wurden und die Parteiarbeit in den Organen im Laufe der nächsten Jahre nur höchst rudimentär stattfinden sollte. Siehe hierzu Yoram Gorlizki: Party Revivalism and the Death of Stalin, in: Slavic Review 54 (1995), H. 1, S. 1–22, hier S. 11, insb. Anm. 53: Der Rücklauf der Akten vom Innenministerium (MVD) an Stalin hatte deutlich abgenommen. So umfasst die Sammlung für das Jahr 1945 wohl noch elf Bände und sechs Bände für 1946, doch für die Jahre 1950 bis 1952 ist jeweils nur ein Band vorhanden.

nichteten angesichts des Kommissarbefehls¹⁹ vorausschauend ihren Parteiausweis oder verloren ihn im Chaos von Angriff und Evakuierung. Bereits während des Krieges, aber vor allem in den Jahren danach befasste sich das KPK mit diesem »Vergehen«. Die erhobenen Vorwürfe an kommunistische Kriegsgefangene und Kommunisten, die im okkupierten Gebiet lebten, lauteten: Feigheit, Illoyalität und Mangel an militärischer Disziplin. Die Untersuchungen führten in der Regel zum Parteiausschluss, dessen Begründung nicht auf Verrat, sondern auf »unwertem Verhalten und Passivität« fußte.²⁰ Es handelte sich bei diesen Vorgängen um eine der großen Parteisäuberungen der 1940er-Jahre, in deren Rahmen drei bis zehn Prozent aller Vorkriegsmitglieder ausgeschlossen wurden. Diese vom KPK durchgeführten Säuberungswellen begannen meist unmittelbar nach der Befreiung eines entsprechenden Gebietes und wurden schnell und mit wenig Verständnis für die damalige Situation der Betroffenen durchgeführt. Zwischen 1941 und 1953 wurden 150 716 Kommunisten zur Strafe für »unwertes Verhalten in besetzten Gebieten oder in Gefangenschaft« aus der Partei ausgeschlossen, wobei Frauen überproportional betroffen waren, da männliche Parteimitglieder meist in der Roten Armee eingesetzt waren.²¹ Zu den Aufgaben des KPK in dieser Zeit gehörte auch die Zusammenarbeit mit den ab 1947 eingeführten »Ehrengerichten«, die disziplinarische Verfahren jenseits des Strafgesetzbuchs durchführten. Sie waren mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet und sollten der Kadererziehung dienen.²²

In der Nachkriegszeit vergrößerte sich die Partei außerdem sprunghaft: 1950 umfasste sie 6,34 Mio. Mitglieder – das waren 1,6 mal so viele wie 1941 und mehr als dreimal so viele wie 1937.²³ Mit dieser Veränderung ging eine soziale Verschiebung der Parteiklientel

19 Dieser an die Wehrmachtsoffiziere gerichtete Befehl vom 6. Juni 1941 besagte, dass alle sowjetischen politischen Kommissare bei Gefangennahme sofort zu erschießen seien. Siehe Martin Broszat: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick (Hg.): Anatomie des SS-Staates, München 2005, S. 163–283.

20 Cohn: High Title (Anm. 5), S. 54–80, Zitat S. 56 und ähnlich S. 70. Siehe dazu auch Juliette Cadiot/Tanja Penner: Law and Justice in Wartime and Postwar Stalinism, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 61 (2013), H. 2, S. 161–171; Franziska Exeler: What Did You Do during the War? Personal Responses to the Aftermath of Nazi Occupation, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 17 (2016), H. 4, S. 805–835.

21 Siehe Cohn: High Title (Anm. 5), S. 62–65, Zahlen S. 64 u. 74f.

22 Siehe Postanovlenie Politbjuro CK VKP(b) o sude česti pri Sovete Ministrov SSSR i CK VKP(b) ot 5 aprlja 1948 [Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP(b) über die Ehrengerichte beim Ministerrat der UdSSR und ZK der VKP(b) vom 5. April 1948], abgedruckt in: Vasilij Sojma: Zapreščennyj Stalin [Der verbotene Stalin], Moskva 2004, S. 450–452; siehe auch Lorenz Erren: »Selbstkritik« und Schuldbekanntnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917–1953), München 2008, S. 318; Jelena Subkova: Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU (1945–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1946–1953, Paderborn 1998, S. 187–236, hier 202–206.

23 Ein Grund für das rasante Wachstum liegt unter anderem in der hohen Zahl der Rotarmisten, die ab 1941 in die Partei eingetreten sind. Am 1. Januar 1945 stellten sie mehr als die Hälfte aller Parteimitglieder (3,03 Mio., 52,6 Prozent), ein Jahr später immerhin noch ein Drittel (1,81 Mio., 32,9 Prozent). Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza [Kommunistische Partei der Sowjetunion], in: Bolšaja sovjetskaja enciklopedija [Große sowjetische Enzyklopädie], Moskva 1970–78.

einher. Aus der Arbeiter- und Bauernpartei wurde eine Partei der Angestellten. Nicht zuletzt dieser Umstand beförderte die allzeit angeprangerte »Bürokratisierung« des Parteiapparats, der Nikita Chruščëv 1952 eine neue Parteicharta entgegenstellte. In seiner Doppelfunktion als Erster Sekretär der Parteiorganisation des Moskauer Gebiets und als ZK-Mitglied strebte er seit 1949 eine breitere politische Rolle des Parteiapparats und eine engere Bindung an die Basis an.²⁴ Mittels der Charta sollte die stärkere Bindung des Zentrums an die Parteibasisorganisationen (*pervičnye partijnye organizacii*, PPO) in den Provinzen erreicht und mehr innerparteiliche Demokratie ermöglicht werden. Gleichzeitig waren mit ihr Auflagen verbunden, an denen sich das Verhalten der Parteimitglieder zu orientieren hatte.²⁵ Dieser Maßnahmenkatalog war für die Parteimitglieder gleichsam auch von Vorteil, da er willkürliche Sanktionen eindämmte und ein gewisses Erwartungsprofil für einen idealen Kommunisten festlegte. Im Falle von Fehlverhalten wurde nun sogenannte Kritik an den persönlichen Angelegenheiten (*razbory personal'nych del*) geübt, die von den PPO bis hoch zum jeweiligen Gebietskomitee (*oblastnyj komitet*, Obkom) ging; diese Angelegenheiten lagen also zunächst in der Verantwortung der Parteibasis, nicht der Parteiführung. Der Erziehung zum »richtigen« Kommunisten waren alle Mitglieder verpflichtet, es war eine kollektive Aufgabe.²⁶ Das KPK bot den institutionellen Rahmen für diese Prozesse, verzeichnete sie statistisch und vollzog in letzter Instanz den Parteiausschluss.²⁷ In strittigen Fällen wurde es hinzugezogen und übernahm die Entscheidungsfindung. Generell zog es sich aber auf eine moderierende Rolle zurück und reduzierte die eigene aktive, offensive Position, die es in der Nachkriegszeit bei der Verfolgung von Parteimitgliedern innehatte, auf ein Minimum.

Im Folgenden soll eine Auswahl der KPK-Akten diese Veränderungen illustrieren. Die Themenfelder, in die die Berichte einzuordnen sind, sind facettenreich und reichen von der Verletzung sozialistischer Gesetzmäßigkeiten, Unregelmäßigkeiten in einem jeweiligen Wirtschafts- oder Verwaltungsbereich über Missbrauch der Partei- und Dienststellung bis hin zur falschen Lebensführung, Alkoholmissbrauch und deviantem Verhalten (*chuliganstvo*). Generell hat jede Partei ihre eigenen Mechanismen, um ein der Partei schadenfes Fehlverhalten von Mitgliedern zu sanktionieren. Doch die KPdSU verstand sich nicht als bloße Partei im Sinne einer Mitgestalterin bei der politischen

24 Siehe Gorlizki: Party Revivalism (Anm. 18), hier S. 3. Gorlizkis These lautet, dass Chruščëv, dadurch, dass er schon auf dem XIX. Parteitag von kollektiver Führung und innerparteilicher Demokratisierung sprach, nach Stalins Tod gut und glaubhaft darauf zurückgreifen konnte und ihm dies einen Vorteil gegenüber Georgij Malenkov verschaffte.

25 Zur Kampagne zur »innerparteilichen Demokratie« siehe z. B. »Strogo sobljudar' principy vnutri-partijnoj demokratii« [Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie streng befolgen], in: Pravda vom 16. Juli 1952, S. 3; »Protiv narušenij vnutripartijnoj demokratii« [Gegen Verletzung der innerparteilichen Demokratie], in: Pravda vom 4. August 1952, S. 2; »Važnoe uslovie pravil'nogo rukovodstva« [Wichtige Voraussetzungen richtiger Führung], in: Pravda vom 7. August 1952, S. 1.

26 Siehe Cohn: High Title (Anm. 5), S. 34.

27 Eine Übersicht zu Parteiausschlüssen findet sich in RGANI f. 6, o. 6, d. 25 u. 26 (für 1939–52), d. 1012–1022 (für 1952–56) und d. 1081–1089 (für 1956–61); siehe auch Cohn: High Title (Anm. 5), S. 38.

Willensbildung,²⁸ sondern als Avantgarde in der Schaffung eines gänzlich neuen Gesellschaftssystems bis hin zum »Neuen Menschen«. Dieser Anspruch übertrug sich auch auf die Parteimitglieder als »Modellbürger, die ein Beispiel für die Wertvorstellungen des Regimes abgeben und für die Implementierung seiner Politik kämpfen sollten«.²⁹ Die Arbeit des KPK hatte immer einen zutiefst moralischen Aspekt.

***chuliganstvo* und andere Fehlritte**

Mit diesem hohen Anspruch eröffnet sich ein entsprechend großes Feld für mögliches Fehlverhalten. So finden sich in den Akten des KPK auch viele Vorgänge, die sich mit dem Phänomen der falschen Lebensführung und des sogenannten *chuliganstvo* befassen.³⁰ Der Begriff kann mit »Hooliganismus« oder »Rowdytum« wiedergegeben werden und meint deviantes Verhalten. Im Unterschied zum heutigen westlichen Verständnis, das meist auf zu Gewalt neigende Fußballfanggruppierungen Bezug nimmt, handelte es sich dabei aber seit 1926 in der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) um einen Straftatbestand, der für jeden Menschen gelten konnte.³¹

Was in den Akten des KPK darunter subsumiert ist, lässt sich nicht mit einem Wort erklären. Einen guten Eindruck bieten aber zwei Zusammenfassungen von Eingaben und Berichten der Jahre 1943 bis 1952.³² Sie lesen sich wie klassische Denunziationen, die in personalisierten oder anonymen Briefen an das ZK oder andere Parteigremien geschickt und an das KPK zusammengefasst weitergeleitet wurden. Jede und jeder konnte sich an das KPK wenden, unabhängig von einer eigenen Parteimitgliedschaft. Die Beschuldigten sind indes stets Parteimitglieder, sonst wären die Briefe keine Angelegenheit für das KPK, sondern gegebenenfalls für das KSK oder eine Strafverfolgungsbehörde gewesen. Beschuldigt waren Arbeiter, die Materialmissbrauch betrieben; Väter, die keinen Unterhalt zahlten; Angestellte, die alkoholisiert auf der Arbeit erschienen; Hausbewohner, die über zu viele Zimmer verfügten; Menschen mit schwierigen Familienverhältnissen; Jugendliche, die illegale Partys feierten; Personen mit Kontakt zu Ausländern; und immer wieder Ehebrecher. Die Vorwürfe reichten von Vorteilmahme im Amt über Veruntreuung und Selbstbereicherung bis hin zu Diebstahl und Schlägereien. Neben Beschwerden über antisemitisch motivierte Benachteiligung am Arbeitsplatz gibt es ebensolche über Personen mit »zionistischen Umtrieben«, was für die Zeit genauso wenig überrascht wie der Vorwurf, mit Deutschen im Zweiten Weltkrieg kollaboriert zu

28 Siehe zum Beispiel das (Selbst-)Verständnis einer Partei nach Art. 21, Abs. 1 GG in der Bundesrepublik Deutschland, siehe auch § 1, Abs. 2 PartG.

29 Cohn: High Title (Anm. 5), S. 4.

30 Zum Begriff »chuliganstvo«, zu seiner Entstehung und Verwendung maßgeblich Brian LaPierre: Hooligans in Khrushchev's Russia. Defining, Policing, and Producing Deviance During the Thaw, Madison 2012.

31 Siehe Art. 74 Ugolovnoj kodeks RSFSR 1926 [Strafgesetzbuch der RSFSR] und in deutlich schärferer Fassung noch einmal Art. 206 Ugolovnoj kodeks RSFSR 1960.

32 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1598.

haben.³³ So unterschiedlich die Themenfelder der Briefe sind, es eint sie der Umstand, dass sie für die Verfasser häufig die einzige Möglichkeit darstellten, mit dem Regime in Kontakt zu treten, um persönlichen Missständen zu begegnen. Ihnen ging es mitunter gar nicht um den beanstandeten Punkt, sondern vielmehr um eine größere Wohnung, eine bessere Arbeit oder eine bessere Zuwendung von Ausrüstung und Materialien.³⁴ Die Briefe sind Ausdruck für die Hilflosigkeit ihrer Verfasser angesichts der Mangelwirtschaft und des fehlenden Wohnraums. In dem Fall diente das KPK auch als Ersatz für die fehlende rechtliche Absicherung in der Sowjetunion. In anderen ging es sicherlich jedoch schlichtweg auch darum, eine ungeliebte Person zu diskreditieren.

Stalins Tod brachte eine erste unmittelbare Änderung mit sich, denn unter die üblichen Denunziationen mischten sich bald erste Anträge auf Wiederaufnahme in die Partei, weil sich ehemalige Parteimitglieder zu Unrecht wegen des Vorwurfs des *chuliganstvo* aus der Partei ausgeschlossen fühlten.³⁵ Davon abgesehen veränderte sich der Tenor jedoch zunächst erst einmal wenig: Es ging weiterhin um die oben genannten Themen, ergänzt um den Vorwurf der Diplomfälschung, des Schwarzhandels oder der Kleptomanie. Manchmal handelte es sich auch um ganz harmlose Zuschriften wie die Anfrage eines Genossen, ob er auch ohne Universitätsabschluss seinen Posten an einer Fachhochschule behalten könne, da er über viel Berufserfahrung verfüge.³⁶

Auffällig ist die häufig auftauchende sexuelle Konnotation, die sich in den Zuschriften findet. Mitunter schwingt sie nur unterschwellig mit, etwa wenn es eigentlich um die Affären und Ehebetrügereien geht, stattdessen aber die Rede von »unnormalen Familienbeziehungen« ist.³⁷ Manchmal ist sie jedoch auch ganz offensichtlich, wenn zum Beispiel einem Paar, beide Parteimitglieder, vorgeworfen wird, in der Bibliothek des Außenministeriums Sex gehabt zu haben.³⁸ Problematisch war ebenso der Umgang mit Homosexualität, wie der Fall von Tat'jana Oreškina zeigt, die »beschuldigt [wurde], eine Hermaphroditin« zu sein und »mit Frauen zu schlafen«.³⁹ Etwas anders gelagert sind

33 RGANI f. 6, op. 6, d. 1599.

34 Siehe Stephan Merl: Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich, Göttingen 2012, S. 84–91, hier auch insbesondere zur regimestabilisierenden Funktion solcher Eingaben. Aleksej Tichonirov spricht vom erzwungenen Vertrauen zwischen Staat und Bevölkerung, das sich in dieser Form der Kommunikation widerspiegelte. Siehe Aleksej Tichonirov: The Regime of Forced Trust. Making and Breaking Emotional Bonds between People and State in Soviet Russia 1917–1941, in: The Slavonic and East European Review 91 (2013), H. 1, S. 78–118.

35 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1666, l. 95.

36 Ebd., l. 73.

37 Ebd., l. 1–2.

38 Ebd., l. 67.

39 RGANI f. 6, op. 6, d. 1666, l. 110. In diesem Fall gelang es der Kollegin, R. Maresina, die Vorwürfe zu entkräften, dass sie Oreškina schon aus Kindertagen kennen würde. Anzumerken ist hier natürlich, da der Umgang in westlichen Gesellschaften zu der damaligen Zeit kein bisschen aufgeklärter war, wie die Geschichte des §175 StGB in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, der sexuelle Handlungen zwischen männlichen Personen unter Strafe stellte und nach dem zwischen 1946 und 1994 wahrscheinlich 63 775 Personen verurteilt wurden; siehe Rainer Hoffschildt: 140.000 Verurteilungen nach »§ 175«, in: Stefan Micheler (Hg.): Denunziert, verfolgt, ermordet. Homosexuelle Männer und Frauen in der NS-Zeit, Hamburg 2002, S. 140–149.

Vorwürfe der Vergewaltigung wie im Fall der Genossin Kurbanova, die angab, 1951 von I. Imanov im Rajon Karjaginsk in Aserbaidtschan vergewaltigt worden zu sein. Das KPK gab ihrer Beschwerde nicht statt, sondern wertete sie als Verleumdung.⁴⁰ Diese empirischen Beispiele deuten an, dass regelmäßig gesellschaftlich tabuisierte Themenfelder genutzt wurden, um Bedürfnisse oder Beschwerden zu kommunizieren. Eine Disziplinierung durch die Partei war an dieser Stelle vonseiten der Petenten ausdrücklich gewünscht.

Im Laufe des Jahres 1953 änderten sich die Zuschriften in Anzahl und Art: Es wurden deutlich weniger und die Sprache ist weniger aggressiv, wenn zum Beispiel die vereinbarten sprachlichen Codes wie »Trotzkisten-Sinowjewisten«⁴¹ zur Deklaration von feindlichem Verhalten verschwinden. Auch wurden die Briefe ausführlicher und nüchterner. Noch immer wurden Probleme des alltäglichen Lebens behandelt, aber es mischten sich vermehrt Gegendarstellungen unter die Denunziationen.⁴² Diese sind auch ein Beleg für die Gewissenhaftigkeit, mit der das Regime diese Vorgänge behandelte: Eingegangene Eingaben verlangten eine Bearbeitung binnen vier Wochen, es wurden zusätzliche Informationen eingeholt und der Möglichkeit einer weiteren Beurteilung über die Gegendarstellung Raum gegeben.⁴³ Die Themenfelder blieben ähnlich, mitunter kamen noch Beschwerden über gefälschte Lebensläufe oder wissenschaftliche Diskreditierung in der Presse hinzu,⁴⁴ daneben mehrten sich Berichte, in denen schlichtweg von Beziehungsproblemen die Rede ist und weniger vom unkommunistischen Fehlverhalten von Parteimitgliedern.

Vor allem änderte sich aber auch der Umgang des KPK mit diesen Fällen. In den Akten bis März 1953 ist nur nebulös von Maßnahmen (*mery*) die Rede und eine Weiterleitung an das Innenministerium (*ministersvo vnutrennych del*, MVD) vermerkt. Später wurden diese Maßnahmen konkretisiert und es stellt sich zumindest im Themenfeld des *chuliganstvo* heraus, dass Parteimitglieder für ihre Vergehen, sofern das KPK einen berechtigten Beanstandungsgrund sah, relativ selten aus der Partei ausgeschlossen wurden. Stattdessen griff der facettenreich abgestufte Disziplinarmaßnahmenkatalog der KPdSU und verordnete Gespräche mit den PPO, die mitunter auch streng ausfallen konnten, Ermahnungen, Sichtvermerke im Parteibuch und das alles auch in Kombination und in unterschiedlicher Abstufung. Ein grundlegendes Motiv dahinter war, den eigenen Parteimitgliedern die Fähigkeit zu einer besseren Lebensführung »anzuerzie-

40 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1667, l. 5. Die Einschätzung des KPK ist auch hier mit großer Vorsicht zu genießen, denn die Bereitschaft, Frauen in einer solchen Situation zu glauben, ist bis heute deutlich geringer als bei Männern (wenn diese der heteronormativen weißen Mehrheitsgesellschaft entstammen), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt, Berlin o. J. [2005], S. 199.

41 RGANI f. 6, op. 6, d. 1598, l. 42.

42 In RGANI f. 6, op. 6, d. 1666 beträgt das Verhältnis Gegendarstellung zu Verleumdung für das Jahr 1955 1:10.

43 Siehe Merl: Politische Kommunikation (Anm. 34), S. 85.

44 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1667, ll. 37 u. 54.

hen«. In den Zahlen spiegelt sich diese Veränderung ebenfalls wider: Wurden 1945 bis 1953 420 474 Parteimitglieder wegen derlei Vergehen aus der Partei ausgeschlossen, waren es im Zeitraum 1953 bis 1964 nur 90 195, ein Rückgang um fast 80 Prozent.⁴⁵ Diese Abnahme und der differenzierte Disziplinarmaßnahmenkatalog waren eine Begleiterscheinung der neuen politischen Kultur des »Taufwettlers«.

Verletzung der Parteidisziplin und Missbrauch der Dienststellung

Auch wenn das wirtschaftspolitische System der Sowjetunion nicht per se auf illegale Beschaffungsaktivitäten ausgelegt war, so konnte es doch ohne sie nicht funktionieren. Für dieses Phänomen wurde seltener der Begriff Korruption (*korruptcija*) benutzt, stattdessen tauchen in den Akten die Kategorien Verletzung der Parteidisziplin (*narušenie partijnoj discipliny*) und Ausnutzung der Dienstposition (*zloupotreblenie služebnym položeniem*) auf, was Fehlverhalten von Parteimitgliedern wie Aneignung (*prisvoenie*), Bestechlichkeit (*vzjatočničestvo*), Vetternwirtschaft (*blat*) und Veruntreuung (*rastrata*) umfasst. Die mit am häufigsten erhobenen Vorwürfe nach 1952 waren Formen von Diebstahl am Staatseigentum.⁴⁶ Diese Vorgänge waren in der Regel strafrechtlich relevant, auch wenn mitunter Kompetenzstreitigkeiten zwischen strafverfolgenden Behörden und Parteiorganen aufkamen.⁴⁷ Wichtig war dabei vor allem die Gegenüberstellung von individueller Bereicherung (*lično*) und gesellschaftlichem Schaden (*obščestvenno*).

Auch hier sind die Ereignisse und die Betroffenen, die sich hinter den unzähligen Vorgängen verbergen, sehr vielfältig. Es gibt Hinweise auf die Annahme von Bestechungsgeld (*vsjatka*) und Beschwerden darüber, dass sich Fabrikdirektoren, Oberärzte, Abteilungsleiter und anderes Führungspersonal mit ihnen genehmen Leuten umgäben und Parteizellenbeschlüsse zu Personalfragen ignorierten.⁴⁸ Es wurden fiktive Doku-

45 Siehe Cohn: High Title (Anm. 5), S. 36, zu den Zahlen S. 120 u. 163. Zwar änderten sich die Kategorien ein wenig, unter denen diese Vergehen zusammengefasst wurden, doch lässt sich eine grundsätzliche Entwicklung feststellen.

46 Siehe RGANI f. 6, op. 6, dokumental'nye materialy [Dokumentationsmaterialien] t. 2, ll. 34, 37, 45, 51, 59 u. 65.

47 Siehe Cohn: High Title (Anm. 5), S. 115–117. Mit einem Passus in der Parteicharta von 1952 versuchte man diesem Umstand zu begegnen, indem festgelegt wurde, dass jeder wegen eines Verbrechens verurteilte Kommunist nach Meldung an das zuständige Parteigremium aus der Partei ausgeschlossen werde. Doch das wurde derart uminterpretiert, dass erst die zuständige PPO (bzw. Rajkom, Obkom) eine Entscheidung zur Strafverfolgung treffen müsse, bevor die Prokuratur oder das Gericht fortfahren könne, ebd. S. 133 f.; »Ustav kommunističeskoj partii Sovetskogo sojuza« [Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion], in: Pravda vom 14. Oktober 1952, S. 1 f., Abschnitt I, Punkt 13. Zu diesem Konflikt siehe auch Edward D. Cohn: Policing the Party. Conflicts between Local Prosecutors and Party Leaders under Late Stalinism, in: Europe-Asia Studies 65 (2013), H. 10, S. 1912–1930.

48 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1578, ll. 9–10; RGANI f. 6, op. 6, d. 1762, ll. 15–20. Siehe zu diesem Phänomen auch Nikolaj A. Mitrochin: The Rise of Political Clans in the Era of Nikita Khrushchev. The First Phase, 1953–1959, in: Jeremy Smith/Melanie Ilić (Hg.): Khrushchev in the Kremlin. Policy and Government in the Soviet Union 1953–1964, London/New York 2011, S. 26–40.

mente für die Planerfüllung oder fingierte Quittungen für das Vertuschen von Nahrungsdiebstahl im großen Stil offenbart.⁴⁹ Wurde die Dienstposition zum Bau von Datschas oder Wohnhäusern ausgenutzt, gab es hierfür eine eigene, umfangreiche Aktenkategorie.⁵⁰

Die Beschwerden trafen auch höher gestellte Parteimitglieder bis hin zu Regierungsmitgliedern. So fand im März 1952 eine Beschwerde ihren Weg zum KPK, in der es darum ging, dass der damals noch stellvertretende Bildungsminister Vjačeslav Eljutin sich und anderen Genossen die Stalinprämie verliehen habe, als er selbst im entsprechenden Komitee saß. Darüber hinaus soll er die Arbeit seiner ihm unterstehenden Aspiranten für seine eigene Dissertation genutzt haben, doch das KPK entschied zugunsten Eljutins.⁵¹ Es traf aber nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Betriebe wie eine Kolchose, die »antistaatliche Praktiken« anwandte: Sie kaufte in großen Mengen Butter an, um dann Planübererfüllung zu melden. Auch das zuständige Kreiskomitee war involviert, woraufhin Gespräche mit den lokalen Verantwortlichen geführt wurden.⁵² Außerdem mussten Parteiorganisationen als solche Prüfungen über sich ergehen lassen, wie zum Beispiel das Obkom der Tatarischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (*Tatarskaja Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika*, TASSR), das Gelder aus dem Wohnungsbauprogramm für den Bau eines Stadions anlässlich ihres vierzigjährigen Bestehens verwendet hatte.⁵³

Zu jeder Zeit ihrer Existenz hatte die Sowjetunion mit solchen Problemen zu kämpfen, allein die Maßnahmen und die Umsetzungen unterschieden sich. So konnte man in den 1930er-Jahren für den Diebstahl von Getreide erschossen werden, zwanzig Jahre später drohte eine Geld- oder geringe Haftstrafe. Im Parteidisziplinierungssystem hingen die Veränderungen mit zwei Kampagnen zusammen, die Chruščëv gestartet hatte, um der angeführten Probleme Herr zu werden: einmal mit der bereits genannten Kampagne von 1952 zur Stärkung der innerparteilichen Demokratisierung sowie mit der Kampagne zum Kampf gegen die Bürokratisierung.

Die Absicht dahinter war, eine effektive Parteiverwaltung aufzubauen und die Parteikader derart auszubilden, dass sie die ihnen unterstehenden Wirtschaftsbereiche fachgerecht leiten konnten.⁵⁴ Zum anderen erhielten die Strafverfolgungsbehörden ihre Autorität zurück und konnten so unabhängig von Parteiorganen Untersuchungen anstellen. Später setzte das KPK gezielt auf Erziehung und Überzeugung statt auf Zwang und Parteiausschluss. Um das zu erreichen, baute Chruščëv auf die Kraft der öffentlichen

49 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1578, ll. 35–38ob.; RGANI f. 6, op. 6, d. 1765, l. 40.

50 Siehe RGANI f. 6, op. 6, dokumental'nye materialy t. 2, ll. 24, 32, 38, 46 u. 52.

51 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1571 u. 1572.

52 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1765, ll. 1–5.

53 Ebd., l. 27.

54 Siehe Alexander Titov: *The Central Committee Apparatus under Khrushchev*, in: Jeremy Smith/Melanie Ilić (Hg.): *Khrushchev in the Kremlin. Policy and Government in the Soviet Union 1953–1964*, London/New York 2011, S. 41–60, hier S. 44f.; Gorlizki: *Party Revivalism* (Anm. 18); dazu auch William Taubman: *Khrushchev. The Man and His Era*, London 2005, Kap. 9, S. 208–139.

Meinung, auch wenn er sie nicht immer beherrschen konnte.⁵⁵ Mit der Kampagne zur Stärkung der gesellschaftlichen Öffentlichkeit (*obščestvennost*) stieg 1961 die Zahl an Zeitungsartikeln, die Bestechung, Unterschlagung und Korruption verurteilten und zur Denunziation solcher Vorfälle aufriefen. Auf dem Höhepunkt 1963 waren 14 011 Parteimitglieder von Parteausschlüssen wegen Korruption betroffen. Ihre Zahl lag damit aber immer noch bei einem Drittel im Vergleich zu den Zahlen von vor 1953.⁵⁶

Wiederaufnahme und Rehabilitation

Das KPK war jedoch nicht nur für Disziplinarmaßnahmen vom Gespräch bis hin zum Ausschluss von Parteimitgliedern zuständig, sondern hatte insbesondere nach 1953 in Fällen zu entscheiden, in denen ehemalige Mitglieder um Rehabilitation und Wiederaufnahme baten. Hier prüfte sie jeden Einzelfall in Rücksprache mit der jeweiligen PPO und anderen Parteigremien, die Auskunft über die Antragsteller geben konnten, und entschied dann je nach Akten- und politischer Stimmungslage.

Die angeführten Gründe sind erneut vielfältig und scheinen mal plausibel, mal abenteuerlich. Einem Genossen Pavlov wurde 1955 die Wiederherstellung seines Parteistatus verwehrt, der zwar 1939 zu Unrecht vom Leningrader NKVD wegen Spionage und feindlicher Agitation zu Lagerhaft verurteilt wurde. Außerdem wurde er jedoch vier Jahre zuvor wegen Körperverletzung verurteilt, laut KPK rechtmäßig.⁵⁷ Die Eingabe von V. Gombarg vom Juni 1956 war nicht erfolgreich, da die Prüfung ergeben hatte, dass er durchaus seit 1904 Parteimitglied war, dann aber 1917 doch zu den Men'seviki wechselte und ab 1918 parteilos blieb. Zwar sei er 1930 vom NKVD verhaftet und verurteilt und im August 1955 rehabilitiert worden, doch für eine Wiederaufnahme in die Partei gebe es keine Grundlage.⁵⁸ Aleksej Klimov bat im Frühjahr 1959 um Wiederaufnahme: Nach eigenen Aussagen war er von 1924 bis 1936 Mitglied, jedoch seien zu seiner Person keine Daten in Parteiarchiven auffindbar. Seit 1946 war er wegen traumatischer Enzephalopathie in staatlicher Betreuung, daher erinnere er sich auch nicht an die Parteisäuberung 1938 und inwiefern er betroffen gewesen sei. Da sein Gesundheitszustand sehr schlecht und aus Sicht des KPK eine Parteizugehörigkeit unvorstellbar war, wurde der Fall geschlos-

55 Zum Themenfeld »öffentliche Meinung« in der Sowjetunion insbesondere nach 1953: Jurij Aksjutin: Popular Responses to Khrushchev, in: William Taubman (Hg.): Nikita Khrushchev, New Haven 2000, S. 177–209; Cynthia Hooper: What Can and Cannot Be Said. Between the Stalinist Past and the New Soviet Future, in: Slavonic and East European Review 86 (2008), H. 2, S. 206–327; Karl E. Loewenstein: Re-Emergence of Public Opinion in the Soviet Union. Khrushchev and Response to the Secret Speech, in: Europe-Asia Studies 58 (2006), H. 8, S. 1329–1345; und genereller Gábor Tamás Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt a. M. 2003.

56 Siehe Cohn: High Title (Anm. 5), S. 120 f., 136–140.

57 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1702, ll. 8–9.

58 Ebd., l. 10.

sen. Der hier betriebene Aufwand bis hin zur Konsultation der behandelnden Ärzte verdeutlicht, mit welcher Gewissenhaftigkeit solche Angelegenheiten behandelt wurden.⁵⁹

Einen positiven Bescheid erhielt am Ende Anastasija Lachtikova, die im September 1959 wünschte, die fehlerhafte soziale Abstammung als Kulakentochter aus ihrem Parteibuch zu entfernen, da ihr Vater nur eine mittelgroße Wirtschaft besessen habe und somit kein Kulak gewesen sein konnte. Sie wurde daraufhin zum Gespräch geladen, in dem sie noch einmal betonte, dass dieser Eintrag sie moralisch belasten würde und sie schwer an dieser Unwahrheit trage. Die Untersuchung des KPK ergab, dass die Mitglieder der Familie 1931 auf Beschluss einer Trojka der Sicherheitspolizei OGPU (*ob'edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie*, Vereinte Staatspolitische Verwaltung) als Kulaken verurteilt und nach Sibirien ausgewiesen worden waren. In Anbetracht der Tatsache, dass bis zu ihrem Tod 1944 »die Mutter fleißig auf einer Kolchose gearbeitet« hatte, kam das KPK zum Schluss, dass die OGPU in diesem Falle eine falsche Entscheidung hinsichtlich der Einordnung als Kulaken getroffen hatte und dementsprechend auch die Verbannung nicht richtig gewesen sei. Zudem sollte der Tochter als Komsomolzin eine Ehrenmedaille verliehen werden.⁶⁰ Hier konnte das KPK also mit den Kategorien des Stalinismus recht dynamisch umgehen. Wer sich jedoch entgegen der aktuellen Politik äußerte, brauchte nicht mit viel Nachgiebigkeit zu rechnen. Das zeigt die Eingabe von N. Kolotuchin, der im September 1957 Kandidat der Partei wurde. Drei Monate später verlor er diesen Status schon wieder, weil er einen Brief an das ZK geschrieben hatte, um darin sein Unverständnis darüber auszudrücken, dass Georgij Žukov nicht mehr Verteidigungsminister war.⁶¹

Anträge auf Wiederaufnahme beruhten zumeist auf Verurteilungen bis zum Jahr 1953. Von insgesamt 892 000 Fällen von Opfern des Großen Terrors, die zwischen 1954 und 1960 wieder aufgerollt wurden, wurden 731 970 wegen konterrevolutionärer Verbrechen verurteilte Menschen rehabilitiert (oft post mortem). Doch eine Rehabilitation umfasste nicht automatisch eine Wiederaufnahme in die Partei, dazu musste beim KPK ein Antrag gestellt werden. Es wurde nur ein Bruchteil der repressierten Parteimitglieder hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft rehabilitiert, was zum einen daran lag, dass schlichtweg kein Interesse an einer erneuten Aufnahme in die KPdSU bestand. Zum anderen handelte es sich dabei um einen komplizierten bürokratischen Prozess, der vom Betroffenen selbst initiiert werden musste. Viele Opfer der Säuberungen hatten jedoch andere Probleme wie die Suche nach Wohnraum und Arbeit, die Reintegration in die dafür nicht bereite Gesellschaft und das Leben mit den Folgen von Haft und Folter. Diejenigen, die den Weg der Rehabilitation gingen, erwiesen sich als besonders glühende Kommunisten, was auf pervertierte Weise dem Anspruch der Parteiführung Rechnung trug, nur die stärksten Verfechter der kommunistischen Idee in den eigenen Reihen zu haben. Für diese Menschen war es letztlich eine Herzensangelegenheit: Sie sorgten sich um den

59 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1760, l. 3.

60 RGANI f. 6, op. 6, d. 1760, ll. 17–18, Zitat l. 18.

61 Siehe RGANI f. 6, op. 6, d. 1702, l. 53.

Zustand ihrer Partei und wollten mithelfen, sie wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.⁶²

Zäsuren im Spiegel des Aktenaufkommens

Veränderungen in der Arbeit des KPK lassen sich nicht nur am Inhalt der Beschwerden und Briefe oder am Umgang mit Rehabilitationsverfahren festmachen, sie finden sich auch in den quantitativen Dimensionen wieder, denn das Aktenaufkommen und die Aktenstärke veränderten sich in den Jahren des Untersuchungszeitraums deutlich.⁶³ Im Themenfeld »Schlechte Lebensführung/Trunkenheit/*chuliganstvo*« finden sich für die Jahre 1943 bis 1962 neun Akten mit einem Umfang von insgesamt 939 Blättern. Für den Bereich »Verletzung der Parteidemokratie bzw. -disziplin« finden sich für die Jahre 1939 bis 1961 fünf Akten mit einem Gesamtumfang von 669 Blättern. Und für den Bereich »Missbrauch der Dienststellung« gibt es 20 Akten mit insgesamt 2936 Blättern. Häufig besteht ein Verfahren in den Akten des KPK nur aus einem bis zwei Blättern, da der eigentliche Vorgang bei den regionalen Beauftragten liegt; selten erstrecken sich vereinzelte Berichte und Verfahren über mehrere Blätter. Das Aufkommen zeigt über die Jahre verteilt für alle drei Bereiche einen relativ niedrigen Wert für die Zeit des Terrors und des Krieges. In der Nachkriegszeit und insbesondere während der neuen Säuberungswellen und Kampagnen in den späten 1940er-Jahren stieg das Aufkommen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren enorm: Beim »Missbrauch der Dienststellung« kommt es im Januar und Februar 1951 zu einem Anstieg um mehr als das 23-fache des Aktenumfangs im Vergleich zur Phase bis 1947. Das unten stehende Diagramm verdeutlicht, dass auch einzelne längere Vorgänge diese Entwicklung nicht maßgeblich beeinflussten, da es einen klaren Zusammenhang zwischen bestimmten Zeiträumen und dem Aktenaufkommen gibt.

Dass es während des Krieges und in den ersten drei Jahren danach weniger Zuschriften an das KPK gab, liegt auch an der geringen Relevanz, die das Komitee in dieser Phase hatte. Ein viel wichtigerer Ansprechpartner für Beschwerden oder Denunziationen war in dieser Zeit zweifelsohne der NKVD.⁶⁴ Für die Hochphase des Spätstalinismus ist eine Begründung für die Steigerung wahrscheinlich in den Kampagnen zu suchen, die zwar eine Atmosphäre der Angst und Lethargie geschaffen hatten,⁶⁵ die die Menschen jedoch

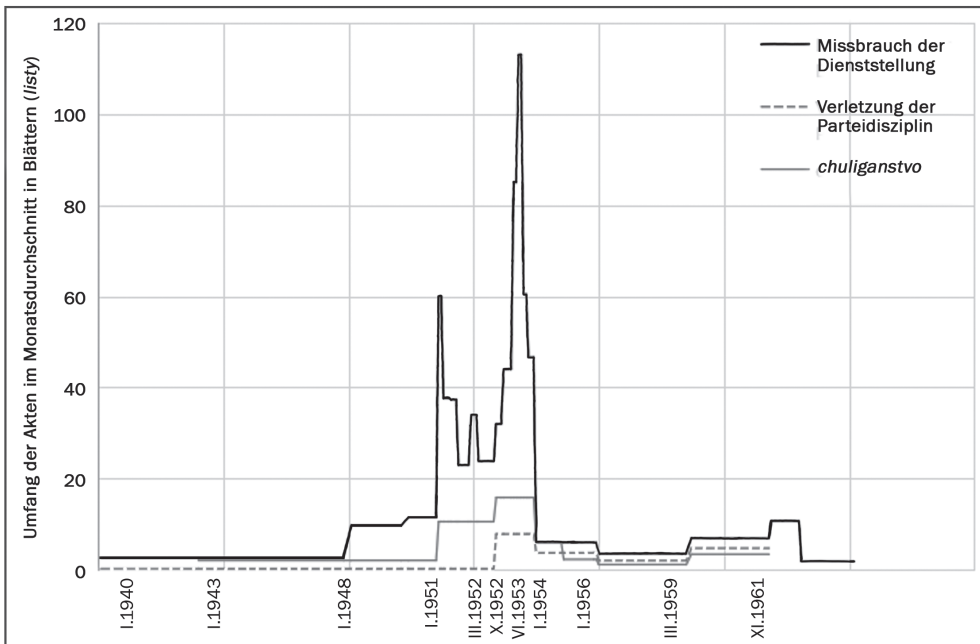
62 Zum Glauben an die Partei siehe Nanci Adler: *Keeping Faith with the Party. Communist Believers Return from the Gulag*, Bloomington 2012, z.B. S.3 u. 11; zu den Rehabilitationen siehe Cohn: *High Title* (Anm. 5), S. 95–98; Miriam Dobson: *POWs and Purge Victims. Attitudes towards Party Rehabilitation, 1956–1957*, in: *Slavonic and East European Review* 86 (2008), H. 2, S. 328–345; zu den Problemen der Reintegration in die Gesellschaft maßgeblich Miriam Dobson: *Khrushchev's Cold Summer. Gulag Returnees, Crime, and the Fate of Reform after Stalin*, Ithaca/London 2011.

63 Die untersuchten Akten lassen auf eine Korrelation zwischen Umfang der Akten und Anzahl der Fälle pro Zeiteinheit schließen, sodass hier der Aktenumfang verwendet werden kann.

64 Siehe Goldman: *Inventing the Enemy* (Anm. 10), S. 92.

65 Siehe Baberowski: *Verbrannte Erde* (Anm. 10), S. 487 f.

Aktenaufkommen 1941–1961



auch zu neuen Denunziationen animierte. Interessant ist der Anstieg im Jahr 1953, der in allen drei Bereichen zu Höchstwerten führte. Die Zunahmen nach März 1953 hängen nur scheinbar mit Stalins Tod zusammen, denn es ist zu bedenken, dass jeder Vorgang in der Regel einen Vorlauf von drei bis sechs Monaten hatte, bis er beim KPK aufgenommen wurde. Somit lässt sich also eine klare Zäsur im Frühjahr 1953 feststellen, deren Ursprung tatsächlich auf den Spätsommer 1952 zu datieren ist, als die öffentlichen Kampagnen zur Wiederbelebung der Partei begannen. Diese Annahme bestärkt der Umstand, dass vor allem die strittigen Fälle Eingang in die Akten des KPK fanden. Eher unerwartet ist das Ausbleiben eines erneuten Anstiegs im Jahr 1956, als die Rede über den Personenkult auf dem XX. Parteitag (die sogenannte Geheimrede) zu Unruhen im Land und Widersprüchen auf der Straße, in Betrieben und auf Parteiversammlungen führte.⁶⁶ Die Abnahme des Aktenaufkommens zu Beginn der 1960er-Jahre ist mit den wieder einge-

66 Zu den innersowjetischen Reaktionen auf das Bekanntwerden der Rede unmittelbar nach dem Parteitag siehe u. a. Aksjutin: Popular Responses (Anm. 55); Polly Jones: From the Secret Speech to the Burial of Stalin. Real and Ideal Responses to De-Stalinization, in: dies. (Hg.): The Dilemmas of De-Stalinization. Negotiating Cultural and Social Change in the Khrushchev Era, New York 2006, S. 41–63; Loewenstein: Re-Emergence of Public Opinion (Anm. 55); M. Zezina: Šokovaja terapija. Ot 1953-go k 1956 godu [Schocktherapie. 1953–1956], in: Otečestvennaja Istorija (1995), H. 2, S. 121–135. Zu den Implikationen für die anderen sozialistischen »Bruderländer«, siehe Roger Engelman/Thomas Großbölting/Hermann Wentker (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen (= Analysen und Dokumente 32), Göttingen 2008; Tony Kemp-Welch: Khrushchev's »Secret Speech« and Polish Politics. The Spring of 1956, in: Europe-Asia Studies 48 (1996), H. 2, S. 181–206.

fürten Kameradschaftsgerichten zu erklären, die einen Großteil der Entscheidungsfindung in strittigen Fragen der Parteidisziplin übernehmen sollten.

Vergleicht man diese Entwicklung mit den Statistiken, die Edward D. Cohn für sein Buch ausgewertet hat, lässt sich seine Vermutung, dass das interne Parteidisziplinarwesen ab den frühen 1950er-Jahren deutlich seltener zu Parteiausschlüssen führte, mit der hier aufgestellten These ergänzen, dass das KPK seine Funktion als Sammelbecken für Denunziationen aufgab, andere Methoden der Parteikontrolle verfolgte und zur Normalisierung des parteipolitischen Alltags beitrug.

Daraus, wie das KPK seinen Umgang mit dem Fehlverhalten von Parteimitgliedern änderte, lassen sich Aussagen über Veränderungen im politischen Gefüge in der Sowjetunion insgesamt ableiten. Das betrifft die (innen)politischen Debatten genauso wie die gesellschaftliche Atmosphäre. Begreift man die Entstalinisierung als einen Prozess, der es den Menschen ermöglichte, »wieder frei atmen« zu können,⁶⁷ dann spiegelte sich dies auch im Entwicklungsprozess des KPK wider. Dabei lässt sich feststellen, dass erste Liberalisierungstendenzen mitnichten erst mit dem Tod Stalins im März 1953 einsetzten. Bereits im Jahr 1952 begann Chrusčëv seine Stellung innerhalb der Partei auszubauen und Netzwerke zu schaffen, die ihm später beim Machtkampf im Kreml nützlich sein sollten. Es ist außerdem zu vermuten, dass die Kampagnen zur Wiederbelebung und Demokratisierung der Partei wenn schon keine langfristigen und nachhaltigen Verbesserungen, so doch ein erhebliches Aktivierungspotenzial für die Mitglieder der Partei vor Ort mit sich brachten.⁶⁸ Neben der machtpolitischen Dimension brachten die Veränderungsprozesse klare Liberalisierungen im Parteidisziplinarwesen mit sich: Statt bestrafender Sanktionen wurde das (sicher nicht freiwillige) verwarnende Gespräch gesucht, statt drakonischer Strafen im Nachhinein setzte man auf das System der *profilaktika*, des vorsorglichen Zugriffs.⁶⁹ Hinzu kam der Versuch, Kontrolle durch kollektiven Druck zu gewinnen.⁷⁰ Gewiss, alle diese Maßnahmen waren Mittel einer Diktatur, sich selbst vor

67 »O revisii stalinskogo perioda žizni partii« [Über die Revision der Stalin'schen Periode des Parteilebens], Brief von Aleksandr Aladžalov vom Oktober 1955 an das ZK KPSS; Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii/Russländisches Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte, f. 556, op. 15, d. 2, ll. 47–53, hier l. 48; ähnlich auch Vladimir Semičastnyj: Woran man sich erinnert, in: Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Skizzen zur Biografie, Berlin 1990, S. 57–65, hier S. 57.

68 Das lassen zumindest erste Erkenntnisse der Untersuchungen des Autors im Parteiarchiv der TASSR in Kazan' vermuten.

69 Zum Phänomen der »profilaktika« siehe Julie Elkner: The Changing Face of Repression under Khrushchev, in: Melanie Ilić/Jeremy Smith (Hg.): Soviet State and Society under Nikita Khrushchev, London/New York 2009, S. 142–161; Julie Fedor: Russia and the cult of state security. The Chekist tradition, from Lenin to Putin, Abingdon, Oxon/New York 2011, Kap. 2, S. 30–57; Robert Hornsby: Protest, Reform and Repression in Khrushchev's Soviet Union, Cambridge 2013; Kharkhordin: The Collective and the Individual (Anm. 7), hier S. 292f.

70 Zur Kontrolle bei Jugendlichen siehe Gleb Tshipursky: Citizenship, Deviance, and Identity. Soviet Youth Newspapers as Agents of Social Control in the Thaw-Era Leisure Campaign, in: Cahiers du Monde russe 49 (2008), H. 4, S. 629–649; Juliane Fürst: Stalin's Last Generation. Soviet Post-War Youth and the Emergence of Mature Socialism, Oxford 2010, S. 193–196. Herta Müller fand im Dezember 2016 zu diesem Phänomen auf der Konferenz »European Angst« kluge Worte.

den Beherrschten zu schützen und der eigenen Schwäche zu begegnen. Doch das Antlitz dieser Diktatur wurde ein Stück weit menschlicher, als der Staat aufhörte, willkürlich Gewalt auszuüben, und sich darauf besann, Verabredungen mit den Untertanen wieder einzuhalten.

Siehe Herta Müller: Die Angstherrscher beherrschen das Angstvolk. Konferenz über Populismus, Extremismus und Europaskepsis in gegenwärtigen europäischen Gesellschaften, Brüssel 6. und 7. Dezember 2016, in: www.welt.de/debatte/kommentare/article160039053/Die-Angstherrscher-beherrschen-das-Angstvolk.html, ges. am 30. November 2017.

